

Hohe Erwartungen von allen Seiten

GESUNDHEIT UND SOZIALES „Commission paritaire ASFT“ zum ersten Mal zusammengekommen

Serge Kennerknecht

Nur wenige Tage nach der beeindruckenden Kundgebung der Mitarbeiter des Gesundheits-, Pflege- und Sozialsektors SAS („Secteur des aides et des soins“) mit über 9.000 Demonstranten am vergangenen Samstag kam gestern endlich die „Commission paritaire asft“ zusammen. Ergebnisse gab es noch keine.

Die „Commission paritaire ASFT“, deren Zusammensetzung und Kompetenzen im sogenannten ASFT-Gesetz aus dem Jahre 1999 („Action socio-familiale et thérapeutique“) festgehalten wird, ist zuständig für die Berechnung der Kosten, die die von der Regierung zugesagte Aufwertung der Karrieren im SAS-Bereich ausmachen werden. Eine Aufwertung, die die Gewerkschaften seit

langem verlangen. Die Einberufung der Kommission war eine der wichtigsten Forderung der 9.000 Demonstranten, neben der Übertragung des Gehälterabkommens des öffentlichen Dienstes auf den SAS-Sektor und auf den Krankenhausbereich FHL („Fédération des hôpitaux luxembourgeois“).

Kaum Fortschritte

Das sind 2,2% Erhöhung des Punktwertes und eine einmalige Prämie in Höhe von 0,9%, die den Mitarbeitern von den Arbeitgebern immer noch vorenthalten werden, obwohl die Regierung hierfür die Mittel bereits zugesagt hat. Hinzu kommt für den SAS-Bereich noch eine Punktwert-erhöhung von 1,5% aus dem Jahre 2009, die immer noch nicht ausgezahlt wurde.

Bei der gestrigen Sitzung gab es

noch nicht allzu viele Fortschritte, wie Nora Back vom OGBL-Syndikat Gesundheit und Soziales in deren Anschluss unterstrich. „Dabei sind unsere Erwartungen in die Kommission hoch. Wir wollen, dass es sehr, sehr schnell vorangeht“, so die Gewerkschaftlerin. Sie bedauert, dass in der ersten Sitzung noch kein fester Prozentsatz vorgelegen habe, weder seitens der Regierung noch der Arbeitgeber. Der OGBL seinerseits habe die zu erwartenden Kosten bereits berechnet und auch auf den Tisch gelegt. Nora Back bedauert weiter, dass die Kommission nicht früher einberufen worden ist, obwohl dies seit März 2015 möglich gewesen wäre. „Es darf einfach nicht mehr lange dauern. Der Druck der Mitarbeiter des Sektors ist groß. Es ist ein Sektor, in dem viel gearbeitet wird. 24 Stunden auf 24 an sieben Tagen in der Woche. Viele Mitarbeiter sind wütend. Sie wollen endlich Ergebnisse“, so Back. Absolut nicht einverstanden ist sie mit den Äußerungen des FHL-Präsidenten Paul Junck gegenüber den Kollegen von RTL. Junck hatte u.a. gesagt, man habe den Gewerkschaften die 2,2%-Punktwert-erhöhung und die 0,9%-Prämie angeboten. Doch die Gewerkschaften hätten dies abgelehnt. Falsch, so Back. Die FHL habe die gemachten Zusagen auf 18 Monate beschränken wollen und die Diskussion über die Karriere-Anpassung ebenfalls für weitere 18 Monate verschieben wollen.

Außerdem sei es völlig unzulässig, dass sich die FHL-Arbeitgeber hinter den SAS-Kollektivvertrag verschancen und sagen würden, sie würden erst abwarten,



Fotos: Editpress/Jean-Claude Ernst

Gewerkschaften, Regierungsvertreter ...

was dort die Berechnungen ergeben, statt die Karriere-Aufwertung in ihrem FHL-Bereich selber zu berechnen. Beide Sektoren hätten eigene Kollektivverträge.

Unterstützung erhielt sie bei dieser Feststellung von Pierre Lammar vom Familienministerium, dem Präsidenten der Kommission. „Wir sind nicht zuständig für den FHL-Bereich, die „Commission paritaire ASFT“ ist nur zuständig für den ASFT-Sektor (SAS-Bereich), so Pierre Lammar gegenüber der Presse. Bei der ersten Sitzung habe man die verschiedenen Standpunkte angesprochen und begutachtet, welche Maßnahmen im öffentlichen Dienst getroffen wurden, um dort die Karrieren aufzuwerten. Über Zahlen zu reden, sei noch verfrüht, so der Kommissionspräsident. Das Ganze sei eine extrem komplizierte Materie. Thierry Lutgen, Präsident der „Entente des Foyer de jours“, der auf Arbeitgeberseite mit am Tisch

saß, zeigte sich erfreut, dass die Kommission endlich zusammengekommen ist. Gemeinsam mit den Gewerkschaften und den Regierungsvertretern habe man die verschiedenen Anliegen gehört. „Jetzt hat jeder seine Hausaufgaben zu erledigen“, so Lutgen. Danach würden dann alle Angaben vorliegen, derer es bedürfe, die Kostenberechnung vorzunehmen. Wichtig sei, dass alle Seiten bereit seien, eine Lösung herbeizuführen und man sich nicht im Streit trennen habe. Christophe Knebel vom LCGB begrüßte das Treffen ebenfalls. Auch er hofft, dass man so schnell wie möglich vorankommt.

Dass ein nächstes Treffen bereits vereinbart wurde, scheint gewiss. Doch angesichts der „Hausaufgaben“, die jeder zu erledigen habe, wolle man von der Mitteilung eines Datums absehen, so Pierre Lammar. Allerdings werde man sich bald wiedersehen, so der Präsident der Kommission.



... und Arbeitgeber endlich an einem Tisch

„Die Debatte muss weitergehen“

BUCH Denis Scuto thematisiert Rolle der Luxemburger Institutionen im Jahr 1940

Jennifer Muller

Es hat nun rund 70 Jahre gedauert, bis die Rolle der Luxemburger Behörden während des Zweiten Weltkriegs zur öffentlichen Debatte wurde. Der Zeithistoriker Denis Scuto greift genau diese Debatte in seinem Buch auf.

Das Buch „Chroniques sur l'an 40 – Les autorités luxembourgeoises et le sort des juifs persécutés“ ist eine Sammlung von Chroniken und Artikeln, die der Historiker seit 2013 im *Tageblatt* veröffentlicht hat. Herausgegeben werden die Chroniken von der „Fondation Robert Krieps“.

Scuto behandelt in den Chroniken die Rolle der Luxemburger

Institutionen während der NS-Besatzung, ab Mai 1940. Er versucht zu erörtern, inwiefern die Institutionen mit den Besatzern kollaborierten.

Gestern stellte der Historiker sein Buch in der historisch bedeutenden „Villa Pauly“ in Luxemburg-Stadt vor. „Wir haben uns einen Erinnerungsort sowie ein denkwürdiges Datum für die Vorstellung des Buches ausgesucht“, erklärt Ben Fayot, Präsident der „Fondation Robert Krieps“.

Zum einen habe man die „Villa Pauly“ ausgesucht, da sie während des Zweiten Weltkriegs Hauptquartier der Gestapo war. Zum anderen habe man sich den 9. Juni für die Präsentation des Buches ausgesucht, da vor genau einem Jahr in der Abgeordneten-

kammer eine Resolution einstimmig angenommen wurde, bei der sich das Parlament bei der jüdischen Gemeinschaft für das Fehlverhalten der Luxemburger Behörden während des Zweiten Weltkriegs entschuldigte. Ausgelöst wurde die Debatte in der Abgeordnetenversammlung unter anderem durch den Bericht des Historikers Vincent Artuso.

Mit seinem Buch möchte Scuto nicht nur wissenschaftliche Fakten erörtern und belegen, erklärte er, sondern ihm gehe es auch darum, ein breites Publikum anzusprechen. Sein Buch, so der Autor, soll nicht nur Fakten liefern, sondern auch Fragen stellen. „Die Debatte muss und wird weitergehen“, betonte Scuto.

Neues Forschungsprojekt

Ab dem 1. Juli startet der Historiker ein Forschungsprojekt an der Universität Luxemburg. Dieses wird sich mit der Situation der jüdischen Gemeinschaft in den Jahren 1930 bis 1950 beschäftigen, erklärte Scuto. Die Motivation zu diesem Projekt sei gewesen, dass die auch nach dem Krieg diskriminierende Politik gegen die Juden weitergeführt wurde.

Daher müsse man die Thematik in einem größeren zeitlichen Rahmen sehen, erklärte Scuto. Das Projekt soll sich über zwei



Fotos: François Aussems

Denis Scuto wirft mit seinem Werk kritische Fragen auf

Jahre ziehen und unter anderem aufklären, wie die Besatzung die Luxemburger Gesellschaft beeinflusste. Auch der Historiker Vincent Artuso wird an dem Forschungsprojekt beteiligt sein.

Für Scuto ist es wichtig, dass weiterhin Nachforschungen unternommen werden und weiter aufgeklärt wird, welche Rolle Luxemburg während des Zweiten Weltkriegs für das Schicksal der Juden spielte. Ihm zufolge habe es

viel zu lange gedauert, bis die Debatte darüber in der Luxemburger Öffentlichkeit lanciert wurde.

Weitere Infos

Erhältlich ist das Buch für 30 Euro in allen größeren Buchhandlungen in Luxemburg oder bei der „Fondation Robert Krieps“.



Das Buch ist eine Sammlung veröffentlichter Chroniken